



**BÜRGERALLIANZ**

**Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.**

## Medieninformation

Pößneck, den 09.06.19

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung unserer Pressemitteilung.  
Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Die Bürgerallianz Thüringen hat eine Stellungnahme für den vorliegenden Gesetzentwurf des ThürKAG zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (SAB) zur Anhörung des Innen- und Kommunalausschuss am 27.06.19 im Thüringer Landtag abgegeben (siehe Anlage). Erstmals wird damit in Thüringen die komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Aussicht gestellt. Alle bisherigen Versuche, das Kommunale Abgabengesetz hinsichtlich der Straßenausbaubeiträge zu entschärfen und vermeintlich bürgerfreundlicher zu gestalten, mussten scheitern. Diesen Scheinlösungen haben wir gemeinsam mit dem Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) in allen Anhörungen der letzten Jahre unsere Zustimmung verweigert, und die nun beabsichtigte komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gefordert.

Die Bürgerallianz hat zum Gesetzentwurf vier grundsätzliche Vorschläge unterbreitet bzw. Forderungen gestellt, die es zu ändern gilt. Wir stimmen zu, dass die bisherigen Straßenausbaubeiträge zukünftig aus Landeshaushaltungsmitteln gegenfinanziert werden. Damit erhalten wir das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung und geben den Bürgermeistern und Verwaltungen die Chance, gemeinsam mit ihren Bürgern die kommunale Verkehrsinfrastruktur funktionsfähig zu gestalten. Für einen Ausbau werden diese Mittel voraussichtlich nicht ausreichend sein. An dieser Stelle sollte die Thüringer Landesregierung gemeinsam mit den weiteren Ländern eine Finanzausgleich vom Bund einfordern. Die Sicherung der Verkehrsinfrastruktur innerhalb und außerhalb von Gemeinden ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Die Bürgerallianz Thüringen fordert keine weiteren Beitragserhebungen für Baumaßnahmen, die vor dem 01.01.19 abgeschlossen wurden. Es sind alle Grundstückseigentümer von Straßenausbaubeiträgen zu entlasten, die bisher noch keinen Bescheid erhalten haben. Ähnlich wie in Bayern sollten die Gemeinden ihre Einnahmeausfälle aus einem Sonderfond des Landes erhalten.

Nicht rechtskräftige Bescheide (laufenden Widerspruchs- und Klageverfahren) sind aufzuheben.

Die erhobenen Straßenausbaubeiträge sind den Grundstückseigentümern zurück zu erstatten.

Die Einnahmeausfälle sind auch hier den Gemeinden durch das Land Thüringen zu erstatten.

Die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch muss unberührt bleiben. Der Freistaat Thüringen wird aufgefordert, das Erschließungsbeitragsrecht dahingehend landesrechtlich zu regeln. Am Tag der Anhörung im Thüringer Landtag am 27.06.19 wird es durch die Bürgerallianz Thüringen eine Mahnwache bereits um 08:30 Uhr vor dem Landtag geben. Weiterhin wird eine Wahlempfehlung für die Landtagswahlen am 27.10.19 in Thüringen vorbereitet, die vom Ergebnis der Gesetzesänderung abhängig gemacht wird.

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst  
Landesvorsitzender